

# Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag. Regelmäßige Beilagen „Der Bauer aus Hessen“, „Die Spinnstube“. Bezugspreis: Bei den Volantisten vierteljährlich M. 2.70 hinzu tritt noch das Beleggeld; bei den übrigen monatlich 1.00 M., einschließlich Tragerlohn. Anzeigen: Grundstelle 20 Bg., lokale 20 Bg., Anzeigen von auswärts werden durch Vermittlung erhoben. Erschließungsort: Friedberg. Schriftleitung und Verlag: Friedberg (Hessen), Danauerstraße 12. Fernsprecher 43. Postfach-Conto Nr. 4319. Amt Frankfurt a. M.

## Hindenburg an die deutsche Armee.

**An die Armee!**

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Eingabe und Pflichterfüllung vollstreckte die Armee Gewaltiges in feindlichen Angriffsschlägen und zäher Abwehr. In hartem Kampfe zu Lande und in der Luft haben wir den Feind von unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat vor den Schrecken und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Bei der wachsenden Zahl unserer Genossen, bei dem Zusammenbruch der uns bis an das Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten und bei den immer drückender werdenden Einbrüngen und Wirtschaftskrisen hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden befochten. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft. Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Wiedereintritt in die Heimat, unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treue Militärpflicht von jedem einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüfling für den Geist und den inneren Halt der Armee. Im Kampf habt Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf Euch!

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

## Baldiger Friedensschluß.

Berlin, 12. Nov. (WB.) Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Note gerichtet:

Nachdem nämlich der Waffenstillstand geschlossen ist, bittet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege zu leiten zu wollen. Der Beschleunigung halber schließt sie vor, zunächst den Abschluß eines Vortrabens ins Auge zu fassen und ihr mitzuteilen, an welchem Orte und zu welchem Zeitpunkt die Verhandlungen beginnen können. Wegen drohender Lebensmittellage hat die deutsche Regierung auf unerschütterlichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert.

Soif, Staatssekretär.

## Abänderungen der Bedingungen.

Son., 12. Nov. Der Eisenkurs ist so niedrig, von ihm aufgefahrene dreifache Depeschen der deutschen Eisenbahn an das deutsche Oberkommando wieder:

### Abänderungen der Waffenstillstandsbedingungen:

1. Dem § 34 ist ein Paragraf hinzugefügt worden, welcher den deutschen Willen entwirft.
2. Änderung des Absatzes 4: Um die Gefahr zu vermindern, welche mit einer Absperrung in der neutralen Zone verbunden ist, soll dieser Absatz geändert werden: „Eine neutrale Zone wird ferner errichtet am rechten Ufer des Rheins zwischen dem Fluß und 10 Kilometer Abstand zwischen der holländischen und der schweizerischen Grenze.“
3. Änderung von Absatz 4: Die Klüftung des Landes auf dem linken und rechten Rheinufer durch den Feind soll innerhalb eines Zeitraums von weiteren 10 Tagen, also insgesamt von 30 Tagen nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes durchgeführt werden.
4. Von den Bewohnern der in Frage kommenden Gegend soll niemand vertrieben werden wegen Teilnahme am Kriege, wenn diese vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes fällt.
5. Der neue Text von Absatz 5 lautet: „Es soll keine einzelne Wohnstätte oder eine wichtige Personeneränderung vorgenommen werden.“
6. Der Text von Absatz 3 und 4 soll geändert werden. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons und 5000 Frachtwagen mit allen Zubehörsachen jederzeit innerhalb 30 Tagen.
7. Absatz 5: Alle Vorräte von Eisenwaren und des Unterhaltungsmaterials, das für den Verkehr auf dem linken Rheinufer erforderlich ist, soll ausgeliefert werden.

Abz. 9 soll folgendermaßen abgeändert werden: Das Recht der Requisitionen soll durch die Armeen der Alliierten und der Vereinigten Staaten durchgeführt werden nach der Regelung, die mit den befaugten Behörden getroffen worden ist. Dem Absatz 2 wird folgender Satz hinzugefügt: „Trotzdem soll die Requisition der deutschen Kriegsanlagen, die in Holland und der Schweiz interniert sind, weiter fortgesetzt werden wie bisher. Die Requisition der deutschen Kriegsgegenstände soll bei Schluß der Friedensunterhandlungen geregelt werden. Alle deutschen Truppen, die sich jetzt in Gegenden befinden, die vor dem Krieg einen Teil von Österreich, Rumänien oder Türkei ausmachten, sollen sofort innerhalb der deutschen Grenzen, wie diese

am 1. August waren, zurückgezogen werden. Alle deutschen Truppen, die sich in Gegenden befinden, die vor dem Kriegsbeginn einen Teil von Rumänien ausmachten, sollen innerhalb der deutschen Grenzen ebenfalls zurückkehren. Sodah (sodah?) die Alliierten, mit dem inneren Zustand dieser Gebiete rechnend, den Augenblick dafür als genommen erachten. Weiterhin sollfortgesetzt die Requisitionen seitens der deutschen Truppen, sowie der Erfassung aller Hilfsmittel für deutsche Zwecke in Rumänien und in Rußland. Die Alliierten sollen freien Zugang zu den durch die Deutschen an den Charenten geräumten Gebieten haben, sei es über Danzig, sei es über die Weichsel, um die Bevölkerung honorieren zu können und um dort Ordnung aufrecht zu erhalten.

Weiter Klüftung von Ostpreußen durch alle deutschen Streitkräfte, die baldmöglichst operieren, innerhalb eines Monats. Auslieferung aller Landboote an die Alliierten inkl. der Unterleutnants, Minenboote, mit vollständiger Bewaffnung und Ausstattung in die Häfen der Alliierten und der Vereinigten Staaten. Die Landboote, die nicht mehr in See gehen können, sollen abgeteilt werden und unter Aufsicht der Alliierten und der Vereinigten Staaten bleiben. Die Landboote, die seetüchtig sind, sollen bereit gemacht werden, um die deutschen Häfen zu verlassen, sodah auf beachtlichem Wege Befehle für diese Reise einzuweisen sind und der Tag ihrer Auslieferung festsetzt. Diese Bedingungen müssen innerhalb eines Termins von 14 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durchgeführt werden. Alle Schiffe, die beschlagnahmt sind als zu internieren, sollen bereit sein, um die deutschen Häfen zu verlassen, sodah auf beachtlichem Wege Befehle für diese Reise einzuweisen sind und der Tag ihrer Auslieferung festsetzt. Diese Bedingungen müssen innerhalb eines Termins von 14 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durchgeführt werden. Alle Schiffe, die beschlagnahmt sind als zu internieren, sollen bereit sein, um die deutschen Häfen zu verlassen, sodah auf beachtlichem Wege Befehle für diese Reise einzuweisen sind und der Tag ihrer Auslieferung festsetzt.

Die Alliierten sind darauf bedacht, daß die Fortsetzung der Blockade die Versorgung von Deutschland, soweit sie diese für notwendig halten, nicht verhindern soll, sodah der Waffenstillstand geschlossen ist. Deutschland hat bei der Klüftung der belagerten Häfen und Häfen alles Material und Vorräte, insbesondere Schiffe, Boote, Werkzeuge, Vorräte, Schiffe und Schiffsfuhrmaterial und Vorräte jeder Art. Der § 34 soll folgendermaßen lauten: „Die Dauer des Waffenstillstandes ist bestimmt auf 35 Tage mit der Möglichkeit einer Verlängerung. In dieser Zeit kann der Waffenstillstand falls die Bedingungen nicht erfüllt werden, durch die kontrahierenden Parteien gekündigt werden mit 48 Stunden Kündigungsfrist. Um die Ausführung des Waffenstillstandsvertrages unter jenen Bedingungen hervorzuheben, ist das Prinzip einer internationalen permanenten Waffenstillstandskommission angenommen worden. Diese Kommission soll unter hoher Patronat der militärischen und Marineoberbefehle der alliierten Streitkräfte arbeiten.“

## Befehle und neutrales Gebiet.

Berlin, 11. Nov. (WB.) In dem vollständigen Text der Waffenstillstandsbedingungen heißt es über die Klüftung des linken Rheinufers durch die deutschen Armeen wie folgt:

Das linke Rheinufer wird durch die britischen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten verwaltet. Die Truppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten werden die Befehle dieser Gebiete führen, indem sie die hauptsächlichsten Rheinübergänge (Wein-, Koblenz, Köln) inbegriffen in einen Kreiskegel von 30 km Durchmesser auf dem rechten Ufer und außerdem die strategischen Punkte des Gebietes befehlen. Auf dem rechten Rheinufer wird eine neutrale Zone geschaffen. Sie erstreckt sich zwischen dem Fluß und einer östlich dieses Flusses gezogenen Linie. Diese Linie verläuft von der holländischen Grenze bis zur Parallele von Gernsheim 40 km, von da an bis zur Schweizer Grenze nur 30 km, östlich des Flusses. Die Klüftung dieser rheinischen Gebiete auf dem linken und rechten Ufer wird so geregelt, daß sie in einem Zeitraum von weiteren 11 Tagen durchgeführt ist, also im ganzen in 25 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes.

Art. 16 lautet: Die Verbündeten sollen freien Zugang zu den von den Deutschen an ihren Charenten geräumten Gebieten sowohl über Danzig wie auch über die Weichsel haben, um die Bevölkerung dieser Gebiete versorgen zu können, oder auch für jeden anderen Zweck.

Für unsere Gegend ist die wichtigste Frage, was wird aus Friedberg und der Wetterau. Fest steht jetzt, daß ein Teil von Frankfurt, jedenfalls sogar die ganze Stadt befehlt wird. Nun heißt es, daß eine Zone von 30-40 Kilometer neutral bleiben solle. Da fragt es sich, ob diese Zone von der äußeren Verperrung der feindlichen Besetzung oder von Rhein gerodet werden soll. Der Zweck der neutralen Zone soll der sein, Reibungsflächen zwischen den deutschen und feindlichen Truppen zu vermeiden, wir meinen daher, die neutrale Zone wird von der Grenze des besetzten Gebietes an gemessen, in diesem Falle würden wir in die neutrale Zone fallen.

## Das Programm der Regierung.

Berlin, 12. Nov. Ein Aufruf der Volksbeauftragten lautet an: Die Regierung erteilt die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen und verkündigt mit Geheißkraft:

Aufhebung des Belagerungszustandes, sowie aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungserrechtes auch für Beamte und Staatsarbeiter. Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den österreichischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gestapo-Verordnungen, sowie der Ausnahmsregeln gegen Landarbeiter und die Wiedereinsetzung der Arbeiterkühnbestrebungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Maximalarbeitszeit in Kraft treten. Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit. Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungsbeiträge bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung gesunder Volksernährung, die Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums gegen die Anarchie Privater. Alle öffentlichen Wahlen sollen nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportionsystem für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung erfolgt

## Lebensmittel für die Mittelmächte

Washington, 12. Nov. In einer Ansprache auf dem Kongress sagte Wilson: Die Alliierten beabsichtigen, die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versorgen und sofort eine Unterstützungsorganisation, wie früher für Belgien, ins Leben zu rufen.

Paris, 12. Nov. Clemenceau sagte in einer Ansprache an die Parlamentarier, Deutschland habe mit der Kapitulation bis zu seiner Erledigung gewartet. Es sei jetzt außerordentlich, keine Lebensmittelvorräte anzufüllen. Da die Lage in Deutschland und Österreich-Ungarn verzweifelt sei, würden die Alliierten ihnen bis zum Neujahr beistehen, da sie für und nicht gegen die Menschlichkeit kämpfen.

## Die Demobilisation.

Berlin, 12. Nov. (WB.) Zur Ueberführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden wurde eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation (Demobilisationsamt)“ errichtet. Mit der Leitung dieses Amtes wurde mit Zustimmung des Herrn Kriegsministers der bisherige Obersteintendant Koeb. Leiter der Kriegswirtschaftsabteilung beauftragt. Dieser hat die gesamten Arbeiten der wirtschaftlichen Demobilisation unverzüglich in die Hand zu nehmen und sich mit den künftigen hierbei in Betracht kommenden Provinzial-, Provinzial-, Lokalbehörden der Reichs- und Bundesstaaten zu diesem Zweck in Verbindung zu setzen. Alle Zivil- und Militärbehörden werden aufgefordert, den Weisungen des Herrn Reichsamt in Angelegenheiten der wirtschaftlichen Demobilisation unmissverständlich und mit größter Eile nachzukommen. Die Leitung dieses Amtes wird die Durchführung seiner für die Wohlfahrt unseres Volkes äußerst wichtigen Aufgabe nach jeder Richtung beihilflich zu sein.

Die Reichsregierung: Ebert, Haase.

### Der Rat der Volksbeauftragten.

Berlin, 12. Nov. Die Verteilung der Arbeitsgebiete im Rat der Volksbeauftragten ist vorläufig die folgende: Ebert, Janderes und Müller, Haase, Kasper und Kolonnen, Scheibemann, Finanzen, Tittmann, Demobilisierung und öffentliche Gesundheitspflege, Landberg, Presse und Nachrichtenamt, Barth, Sozialpolitik.

## Bürgerausschüsse.

Berlin, 12. Nov. (WB.) Der Senat und erlöst folgende den Aufruf zur Bildung von Bürgerausschüssen:

Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das deutsche Bürgerium als solches fehlt den schwersten inneren Umwälzungen latenten gegenübersteht. In dieser entscheidenden Stunde fordern wir das deutsche Bürgerium zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen überall in Deutschland zu schreiten auf. Diese Bürgerausschüsse haben in Fühlung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten in erster Linie folgende Aufgabe zu lösen: Wahrung der bürgerlichen und vollen Gleichberechtigung des Bürgeriums bei allen staatlichen Maßnahmen. Zur Bildung eines solchen Bürgerausschusses für Groß-Berlin haben wir bereits die nötigen Schritte.

## Zur Kohlenwirtschaft.

Berlin, 11. Nov. (WB.) Die Kohlenwirtschaft ist ebenso wichtig und gefährdet wie die Lebensmittelwirtschaft. Die Kohlenwirtschaft wird trotz Witterung der Kriegswirtschaft unverändert groß bleiben, schon wegen der Betriebsmittelverhältnisse. Die Aufrechterhaltung der Kohlenwirtschaft ist abhängig von dem geordneten Weiterarbeiten der Organisation. Die örtlichen Organe sind: für den Bergbau die Städte und Kommunalverbände, für Gas, Wasser, Elektrizität und Kohlenversorgung der Arbeiter die Kohlenabteilungen und die Elektrizitätsabteilungen bei den bisherigen Kriegsamtsstellen. Diese sind bereits angewiesen, nach den Gesichtspunkten der Lebenswirtschaft zu arbeiten. Die Arbeiter- und Soldatenräte, überhaupt alle durch den Übergang der Regierungsgewalt in die Hände des Volkes entstandenen politischen Organe werden aufgefordert, in die bestehende Organisation der Kohlenwirtschaft nicht einzugreifen sondern deren etwa erforderliche Umgestaltung der zentralen Koordination zu überlassen. Nur so kann das schwerste Unheil von dem Volke und dem zurückstehenden Heere abwendet werden. Ebert, Saage.

## Der Abmarsch der Armee Makhent.

Berlin, 12. Nov. Nach Meldung eines Verbindungs-offiziers in Budapest stellte die ungarische Regierung der 11. Armee und der Armee Makhent je sechs Hügel täglich zum Abtransport zur Verfügung.

Einigkeit, 12. Nov. Graf Arrolodi erklärte, wie „Missa“ mitteilt, daß Rumänien an Deutschland die Friedenserklärung schickte um dadurch Redemarschall Modrowen zur Entlassung zu bewegen. Makhent habe die Waffenlieferung mit der ansehnlichen Beihilfe der Republik Deutsch-Land sei keine legitime Bewaffnung. — Die ungarische Regierung verurteilte die Heftigkeit der ungarischen Regierung, daß sie infolge ihrer politischen Grundhaltung nicht nur gegen das tschechische Vorgehen verfahren, sondern auch ihrerseits die Entlassung Makhent fordert, weil sie die derzeitige deutsche Regierung als gefährlich ansehe.

## Die Entente in den Dardanellen.

Paris, 12. Nov. (WB.) Sympathie-Meldung. Das französische Torpedoboot „Manami“ und das englische Torpedoboot „Star“ sind am 10. November in die Dardanellen eingefahren, um sich nach Konstantinopel zu begeben. Die französische Marinebrigade in Syrien hat am 9. November Alexandria besetzt.

## Der Rücktritt des Kabinetts Margharon.

Bukarest, 9. Nov. (WB.) Ueber die Ursache der Demission des Kabinetts Margharon wird aus Jassy berichtet, daß kurzlich aus dem französischen Hauptquartier in Belgien ein französischer Agent ankam, der die Note der Entente an die rumänische Regierung zu überreichen hatte. Kurz darauf trat Margharon zurück. Nach der Demission hielt die Reichstagspartei eine Versammlung ab, worin die zurückgetretenen Minister auf den Erfolg hinwies, den Rumänen aus dem letzten Konventionen Kabinett zog. Ministerpräsident Margharon wies auf die Erwerbung von Besarabien hin. Der Außenminister Brion Jancu, der Balfourer Friede bei Jassy zuvor annulliert worden jedoch Rumänen heute in seinen alten Grenzen dableibe. Meldungen aus Jassy zufolge sollen demnächst noch zwei Minister für die Aufzählung, sowie zwei für Siebenbürgen ernannt werden. Der König von Rumänien richtete an das Land eine Proklamation, in der er, auf die brüderlichen Pläne zurückweisend die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und die Bestellung

## Herzenskämpfe.

Roman von Helene Schäfer, geb. von Gersdorff.

(Copyright 1915 by C. Neumann-Neudamm.)

25) Gustav atmete erleichtert auf.

Katharina verbot.

„Wahst du? Ach, das wäre allerdings möglich“, erwiderte er. „Um so mehr Grund, sie zu warnen, denn dann könnte sie noch vollkommen gerettet werden und käme ohne ernstlichen Schaden davon. Ganzlich“, sagte er philosophisch hinzu, „ist es vielleicht nicht ganz praktisch, die jungen Damen wie Blumen aufzuwachen zu lassen, die von der Wirklichkeit gar nichts wissen, dadurch sind sie doch manchen Gefahren ausgesetzt. Aber nun wie so weit gehen, kommt der zweite Teil der schwierigen Prozedur: wie sollen wir diese Warnung in's Wert legen? Erstens, wer wird die Ausführung übernehmen? Du, Reinhold?“

„Ja?“ rief Reinhold erkant. „Unmöglich! Ich kenne Käthe kaum, habe zwei, drei Worte mit ihr geredet. . . wie käme ich dazu, plötzlich so Ernstes mit ihr zu verhandeln? Rein, das wäre ganz verfehlt und würde ihr als ganz unbedeutende Annäherung erscheinen. Das kannst nur du allein tun, Gustav, nur du allein bist die geeignete Person dazu, glaube mir!“

„O, Himmel! Auch das noch!“ erwiderte Gustav, „das wird schon werden! Wenn sie mich dann mit ihren großen schwarzen Feuerzähnen zornig anblickt, verzehet mit aller Mut, das weiß ich schon.“

„Da kannst du dich als Soldat gleich über, dem feindlichen Feuer beschützen“, sagte Reinhold, wobei Willen lachend über das ängstliche Gesicht seines Freundes.

„Und wie soll ich sie nur erwidern, daß ich allein und ungestraft mit ihr reden kann?“ meinte Gustav bedenklich. „Das ist nämlich gar nicht so ganz einfach. Es darf doch niemand davon wissen. Und sie auch zu einem heimlichen Rendezvous einladen, das geht doch auch nicht. Da käme sie ja von dem Regen in die Traube. Einmal der Marquis, ein andermal der Kommandant Kaundorff. Nein, das geht nicht! Da sitzen wir wieder fest.“

von zwei Millionen Heller Land in Aussicht stellte. Der König fordert alle Rumänen zur Einigkeit auf, denn nur durch Eintracht und Ordnung können die hohen Wälder für die Allgemeinheit erfüllt werden. Der König betonte, daß durch die Einigkeit zwischen der Krone und dem Volke Rumänien Fortschritte erlangen werde.

## Aufruf an das Schweizer Volk.

Der Bundesrat erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: Unsere Maßnahmen sind weiter gegen eine bestimmte Klasse noch gegen eine bestimmte Schweizer Partei gerichtet. Wir laden alle Arbeiter, Bauern und übrigen Bürger, die Parteien und ihre Führer ein, mit uns einträchtig zusammenzuarbeiten und uns zu helfen, unser Land ohne Vorurteil und ohne gewaltsame Erschütterung aus dem Kriege in die Friedenszeit hinüberzuführen. Kein einzelnes Schweizer wird den Feinden unserer Demokratie Heranzüge leisten.

Die Demokratie ist die Regierung des Volkes durch das Volk. Sie ist das Fundament aller unserer Einrichtungen. Ohne die Demokratie müßte die Schweiz untergehen. Wenn der Krieg uns verweist, wenn unsere nationale Zusammengehörigkeit sich lockert und gelöst ist, wenn die Völker uns ihre Sympathien ziehen, so verliert das auch deshalb, weil unser Land die älteste Wiege der Freiheit ist, und die Bürger die treuen Hüter des demokratischen Gedankens sind. Wohl beehrt die Demokratie nicht nur in äußerlichen Formen. Diese müssen von logischer Geschlossenheit und Solidität durchdrungen sein. Die Formen der Demokratie sind aber doch das unentbehrliche Äußere, um der Gerechtigkeit und dem Solidarisitätsbewußtsein zum Siege zu verhelfen. Dieses Werk zu brechen hieße den letzten Fortschritt verheuern. Sollten heute, wo der demokratische Gedanke überall herrscht zum Durchbruch gelangt, Schweizer, die dieses Namens würdig sind, ihn verleugnen? Demokratie und soziale Reform sind die beiden Säulen des modernen Weltbaus.

Wir müssen unsere politischen Einrichtungen vernachlässigen um sie in höherem Maße der Verbesserung und Hebung unserer sozialen Verhältnisse dienlich zu machen. Die soziale Reform drängt sich allen denen gebieterisch auf, die die große Lehre der Zeit verkünden haben. Sie kann sich aber nur auf dem Wege der ruhigen Entwicklung vollziehen. Echte Reformen und Revolution werden in der Schweiz unvereinbare Gegensätze bleiben.

In diesen vier Kriegsjahren haben wir alles getan und wir werden weiterhin alles tun, um dem Schweizervolk und besonders unseren Bürgern mit bescheidenem Einkommen die Lebensbedingungen zu erleichtern. Den Forderungen der Ernährung, der Bekleidung, der Arbeitslosigkeit, der Unterkunft der Gehalts- und Lohnverhältnisse werden wir die größte Aufmerksamkeit durch weitestgehendes Entgegenkommen und durch kräftigste Hilfe werden mit aller Schärferigkeit Herr werden.

Gedrehte, Hebe Eisenwerke! Lasset uns unsere Kraft zusammen vereinnamen, um in unserem geliebten Vaterlande Frieden und Wohlstand zu bewahren.

Wir empfehlen euch samt uns dem mächtigen Schutz Gottes. Bern, den 8. November 1918.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates:  
Der Bundespräsident: Calonder.

## Der Kronprinz.

Gestern lief die Meldung ein, daß der deutsche Kronprinz beim Versuch, die holländische Grenze zu überschreiten, zurückgewiesen worden wäre, beim erneuten Versuch sei er von deutschen Grenzsoldaten erfaßt worden. Die Nachricht scheint erfunden zu sein, denn heute liefern folgende Nachrichten etc., die sich allerdings auch widerlegen:

zu sein, denn heute liefern folgende Nachrichten etc., die sich allerdings auch widerlegen:

Berlin, 12. Nov. Die Meldung, daß der frühere Kronprinz sich mit dem Kaiser nach Holland begeben hat, ist, wie wir erfahren, nicht richtig. Der frühere Kronprinz befindet sich bei den Truppen an der Front.

Im Gegenzug dazu lief folgende Meldung:

Haag, 12. Nov. Holländisch Neunsbureau meldet: Der Kronprinz ist heute nachmittag 12½ Uhr in Waalvliet angekommen und im dortigen Gouvernement untergebracht. Er hat sich an die Königin mit der Bitte gemeldet, ihm ein kleines, einfaches Haus anweisen zu lassen, wo er die Gastfreundschaft Hollands genießen könne.

## Thronverzicht.

Bernburg, 12. Nov. (WB.) Der „Anhalter Kurier“ meldet: Der Prinzregent verzichtete für Herzog Rudolph Ernst von Anhalt auf den Thron und für das herzogliche Haus auf das Thronfolgerrecht. Der Prinzregent legte seinerseits die Regentschaft des Herzogtums nieder. Die neue Regierung wird morgen gebildet.

Teutenthal, 12. Nov. (WB.) Fürst Leopold 15. zur Einsicht entliehe dem Thron.

## Baldige Wahlen.

Berlin, 12. Nov. Die Reichsregierung hat in voller Hebererklärungsform die Wahlgesetze, die die Leiter und Soldatenräte beschließen, sofort nach Beendigung der wichtigsten Landesfragen die Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen. Auch die in der Regierung befindlichen Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei widersetzten sich keinesfalls dieser Maßnahme.

Berlin, 12. Nov. Wir heute abend aus dem Reichshaus gemeldet wird, sollen die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in der zweiten Hälfte des Dezember stattfinden. Der Zusammentritt der Nationalversammlung dürfte frühestens Mitte Januar erfolgen.

## Geltung der Kriegsanleihen.

Berlin, 11. Nov. (WB.) In der Besetzung wird das Gesetz verbreitet, daß die anzuwendende Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, die Anleihe hat, die Kriegsanleihen zu annullieren. Die Regierung legt Wert darauf, diese Gerüchte auf das bestimmteste zu dementieren.

## Ruhe und Ordnung.

Auf den Massenversammlungen, die am Montag in Frankfurt a. M. stattgefunden haben, wurde überall zur Ruhe und Ordnung gemahnt. Der Stadtpräsident schloß seine Rede:

„Höchste Priorität bei der Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens und der Ruhe ist die Lebensmittellieferung zu erleichtern und sicherstellen. Der Redner schloß mit sehr ernst und nachdrücklichen Mahnrufen gegen alle diejenigen, die die soziale Republik zu allerlei Fiktionen niedriger Art ausnützen wollen“, und verlangte dringend, daß die Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten werde.

Auf anderen Tribünen sprach sich ein Soldat dafür aus, daß die selben Tage, an denen die Arbeit ausgefallen sei, von den Unternehmern bezahlt werden sollen; ein weiterer Soldat warnte vor Ausschreitungen und stellte ein antiländisches, ruhiges Auftreten gegen Offiziere und Mannschaften, die von der Front kommen, als Pflicht hin. Die neue Staatsform könne leiden nur durch Ausschüß, wenn etwa halbreife Buziken mit Ge-

„Aber natürlich, Herr von Kaundorff, mit dem größten Vergnügen, wenn es Ihnen Spas macht und Sie Zeit haben“, erwiderte Käthe freundlich. „Es ist ja viel angenehmer, zu zweien, als allein herumspazieren.“

„Und doch scheinen Sie, gnädiges Fräulein, mit Vertriebe allein spazieren zu gehen“, mit diesen Worten suchte er seinen vorerstesten Ziel näher zu kommen, „viel mehr, als er meistens unsere jungen Damen zu tun pflegen. Ich hatte schon mehrmals das Vergnügen, Sie morgens ganz allein in den Anlagen spazieren zu sehen.“

Sie horchte auf. Ihre gefällige Begabung und seine erwünschten, vornehmlichen Rufe fielen ihr ein. Sollte er etwas wissen? Das wäre dumm. Aber schließlich, so ein furchtliches Verbrechen war es doch auch nicht.

„Sie sagen das so komisch, Herr von Kaundorff“, erwiderte sie, „als wenn Sie es nicht richtig fänden. Auch gestern haben Sie so laubhafte Augen an mich hingemacht, das ist mir gleich aufgefallen. Was haben Sie denn? Nur heraus mit der Sprache!“

„Gnädiges Fräulein, wenn ich müßte, daß Sie mit nicht kämen“, flüsterte er über und über rot, „so möchte ich mir allerdings erlauben, Ihnen einen kleinen Rat zu geben.“

Als sie keine Verlegenheit sah, mußte sie lachen; sie war noch in dem glücklichen Alter, wo alles vom Lachen regiert. Sie lachte gleich immerfort, wenn sie morgens erwachte, fand sie eigentlich irgend eine Veranlassung zum Lachen, die komischen Sachen, die sie tagsüber zum Lachen brachten, waren zahllos und abends schlief sie stets mit frohem Lächeln auf den Lippen ein. Die ganze Welt war ihrer Meinung nach schön und lustig. Weshalb hätte sie nicht lachen sollen?

Jetzt wieder dieser gute Herr von Kaundorff, — wie konnte er mit mir sein Verlegenheit, roten Gesicht und seinen stotternden drohenden Reden!

„Aber, bitte, so roten Sie mir doch!“ lachte sie übermütig. „Ich bin tiefsinnig gespannt, was da von Vorzeichen kommen wird.“

Fortsetzung folgt.

welt Haffelbude und Woffen herunterzureißen verjuchten. Es gette nicht Taten, nicht Worte.

In einer Beizener Verammlung des Soldatenrates fogte ein Hauptmann: Es darf aber nicht dazu kommen, daß man von Truppen der Sozialiften, von Truppen der Unabhängigen oder von Truppen der Sportafugente fpricht. Wir haben nicht gefucht, daß uns die Politiker jezt mißtrauen. (Seiloff). Wir müffen jezt einig fein. Diefe Verammlung muß den Bürgerkrieg verhindern. Aber fo einzig ift die Sache nicht. Die Beizennamen find farbiger fchwer. Kommt es nicht zur abfoluten Einigkeit unter den Soldaten, dann tritt der furchtbare Noth ein, daß die Entente mit uns überbrückt keinen Frieden jchließt, daß fie bel uns einmarfchirt und Teile unferes Landes auch im Innern bejezt. Das wollen wir nicht. (Stürmifcher minutenlanger Beizoff).

### Waffenhilfhand und Volksernährung.

Sieht man nicht mit voller Klarheit die ungeheuren unmittelfachen Gefahren der Bedingungen für unjere Volksernährung und die Aufrechterhaltung unjerer Wirtschaft überhaupt? Die Anzifferung von 5000 Lokomotiven, 10000 Kraftwagen und 150000 Eifenbahnwagen müßte, da ohnehin unjere Transportmittel zur Aufrechterhaltung der Volksernährung kaum ausreichen und die Zuführung und Demobilifirung der Armee jchwerlich eine beträchtlichere Entlastung ihrer Transportbedürfniffe zuläßt, nach unjerer Leberzeugung jchon allein die Kataftrophe unjerer Volksernährung bringen, deren Durchföhrung ohnehin nur noch unter größten Schwereitellen möglich ift. Nimmt man dazu noch die Verjagung von Gebieten, die unjeres Willens landwirtschafliches Leberfchaftsland enthalten, die Borderung des Unterhalts feindlicher Belagungsgruppen, die ganz unerläßliche Verjchärfung der Hungerperre, endlich die Verjigerung von Gold in einer Lage wo die Aufrechterhaltung unjeres Zahlungswefens herricht nur mit größter Mühe durchföhrbar ift: Kann die Regierung fich der Erkenntnis entziehen, daß aus jolden Bedingungen eine jurch Wirtschaft in Deutfchland notwendig folgen muß?

Die neue Regierung in Heffen

richtigt folgenden Rufus an die Landwirtschaf:

Die Knappheit, befonders an Lebensmittel, macht es unbedingt notwendig, daß die Zufuhren nach den Städten unter keine Umftänden unterbrochen werden dürfen.

Die landwirtschafliche Verbeförderung wird deshalb in ihrem eigenen Interesse erfucht unverzüglich mit der Verjigerung von landwirtschaflichen Produften zu beginnen.

Glaube keiner, daß keine nach der Stadt gebachten Vorräte in Gefahr feien. Die öffentliche Ordnung ift bisher von uns aufrechterhalten worden und wird weiter aufrechterhalten werden. Die Verjigerung erfolgt in der gleichen Weife, wie fie unter der früheren Regierung erfolgt ift. Die Bouvernität möge bedenken, daß in die großen Städte die Truppen von der Front zurüchführen. Wird es uns nicht gelingen, diefe großen Maffen ausreichend verkölligen zu können, fo kann eine Sicherheit für die Landbevölkerung nicht gewährt werden.

Es ift deshalb Eure Pflicht, die ftädtifche Bevölkerung nicht im Stiche zu laffen und mehr als jeher Eurer Pflicht zu genügen, um uns der Nahrungsmittel zu entziehen, Maßnahmen zu ergreifen die nicht im beiderfeitigen Interesse liegen.

In Eure Hand ift es gegeben, durch vernünftiges Entgegenkommen dafür zu jorgen, daß die Zeit der Euch drückenden Maßnahmen baldigt ein Ende erreicht!

Schafft Brot und Kartoffeln und glaubt nicht, die Staatsernährung zu Sonderwegen mißbrachten zu dürfen!

Der Reichsrath der alten Regierung in Heffen.

Darmftadt, 11. Nov. Die feitherige Regierung hat ihren Reichsrath in folgender Erklärung ausgefprochen:

Nachdem unjere Kämpfer von den Beauftragten des Arbeiter- und Soldatenrates in Heß genommen find, ift es uns unmöglich, unjere Dienftgefchäfte weiterzuführen. Beim Verlassen des Amtes jprechen wir offen uns unferftellten Behörden und Beamten unjeren aufrichtigften und warmen Dank für die treue Bliinderfüllung aus, die fie jich bewiefen haben und mit der fie infonderere während der Kriegszeit den verftärkten Anforderungen des Dienftes nachgekommen find. Wir hoffen uns aber zugleich für verpflichtet im Interesse unjeres geliebten Vaterlandes und der Aufrechterhaltung der Ordnung in Stadt und Land alle Behörden und Beamten darauf hinzuweisen, daß fie, fo wie fie jeher mit unjeren Verjonen der Sache des Vaterlandes erdient haben, auch in Zukunft ihre ganze Kraft dem Staate zur Verfügung ftellen.

Darmftadt, den 11. November 1918.

v. Ewald, Staatsminister und Minister der Juftiz, v. Sombertg, Minister des Innern, Dr. Becker, Minister der Finanzen.

Arbeiter, Bauern und Soldatenrat in Heffen.

Zum ersten Mal finden wir die obige Bezeichnung in Heßenden Rufus:

Der heßifche Arbeiter, Bauern- und Soldatenrat hat in feiner heutigen Bollversammlung für Darmftadt auf Antrag des Finanzamtschaffes bejchloffen:

1. Die Löhnungen werden am 11. November ausbezahlt in der bisherigen Höhe. Unverändert bleiben dabei alle vorläufig auch die bisherigen Chargierten-Löhnungen. Ausbezahlt werden auch die Vergütungen für die Bivlidienpflichtigen in feitheriger Höhe.

2. Wer den Dienft in den letzten Tagen verlassen hat, aber alsbald zurüchkehrt, erhält die Löhnung unverzüglich ausbezahlt.

3. Wer den Dienft ohne Urlaub verlaßen, aber der Aufforderung zur Rückkehr keine Folge geleistet hat oder leistet, hat alle etwigen Ansprüche verjährt.

4. Eine Verbesserung der Löhnungsätze etwa durch Bewilligung von Zulagen auf den feitherigen Satz bis zum Ankröftreten der in Kaffidit findenden reichsgeseglichen Regelung, wird ernftlich erwogen unter Zählungnahme mit den anderen Garnifonen.

5. Urlaubser, die hierher zufändig find, aber keinem Truppenteil angehören, werden im Büro des Soldatenrats einem bestimmten Truppenteil zur Entlohnung zugeordnet. Diefer wird mit einem entjprechenden Betriebs-Vorjchuff ausgestattet werden.

6. Alle Zweckgefälle in Löhnungsfragen folgen von den Truppenheiten im Einvernehmen mit den Delegierten wohlwollend erledigt werden.

7. Vorbildliche Ordnung hat im gefamten Kassenwesen einschließlich Buchhaltung und Vereinführung zu herrichten.

8. Der Finanzamtjchuff wird für die erforderlichen Nachverftärkungen Sorge tragen.

9. Ordnungswidrig Verwendung von öffentlichen Geldern — jelbst in kleinen Beträgen — müßte jtreng geahndet werden.

Kassinfte erteilen die Delegationen der Truppenteile,

Darmftadt, 10. November 1918.

Der Vorjand des Finanzamtschaffes, Paktian.

### Eine Proklamation des Ministerpräsidenten Ulrich.

Darmftadt, 11. Nov. (WB.) Der neue Ministerpräsident Ulrich hat an das heßifche Volk heute folgende Proklamation erlassen:

Nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat, als die von der Revolution proklamirten Träger der öffentl. den Gewalten, der bisherigen sozialdemokratischen Landtagsverfaffung die Bildung des Ministeriums übertrug, hat fie nun vielen Aufgaben übernommen. Die Arbeit geht dabei von dem Gedanken aus, daß die neue (provisorifche) Regierung auch das Vertrauen der nichtsozialdemokratischen Bevölkerungsteile gewinnen folte. Darum ift fie bereit, bei der Bildung der neuen Regierungsgemalt auch Vertreter anderer Parteien, falls diefe zur aufrichtigen Mitarbeit gewillt find, in die Regierung mit aufzunehmen. Die Regierung soll ein Kollaborationsministerium sein und aus einem verantwortlichen Minister, sowie Direktoren der einzelnen Ministerialabteilungen beftehen. Das Präfidium des Ministeriums und die oberfte Leitung der Ministerialabteilung des Innern wurden den Unterzeichneten übertragen. Ueber die Belegung der anderen Ministerialabteilungen find Verhandlungen im Gange. Die Wöhlen zur konftituierenden Volkstammer werden fo bald wie möglich in die Wege geleitet werden. Volksgenossen, das Programm der neuen Regierung heißt kurz: Volkswohlfahrt! Demokratie!

Die Freiheit, die nun dem Volke gemährt ift, legt dem Einzelnen auch die Pflicht zu Ordnung und Selbftzufucht. In erfter Linie muß die Ernährung des Volkes jichergefellt werden, denn nur fo wird es möglich fein, den demokratischen Ausbau unjeres Vaterlandes zu vollenden. Die Erzeugung der Nahrungsmittel und deren Verkölligung in die Städte muß mit aller Kraft gefördert werden. Gelächit, das nicht, fo haben wir das Schlimmste zu erwarten, Hunger, Noth, Bliinderung, Kaub und Mord würden das grauenhafte Elend diefer Kriegszeit verjchärfen und verjchärfen. Dadurch würden aber die Kermeln und gerade die Arbeiter am jchwerften getroffen werden. So muß daher alles gethan, um die gerechte Verteilung der Lebensmittel zu jichern, wobei infonderere völlige Unverfchtheit der Verkölligungsmittel unerläßlich ift. Darum Volksgenossen, Arbeiter und Soldaten! Denkt alle daran.

Die Mithilfe im Sinne diefer Auffassung gilt dem Heßlande wie auch unjeren deutlichen Vaterlande. Der herbede Krieg darf nicht im Hintergrunde einer Verberbung finden. An alle Beamten und Bedienten des Landes ergeht der Rufus, auf ihrem Posten zu bleiben und noch wie vor ihre Pflicht zu erfüllen. Die neue Regierung ift fich bewußt, daß nicht alle Kreife des Volkes politifch und wirtschaftlich auf ihrem Standpunkte fehen. Sie hofft und erwartet aber, daß auch viele Kreife in ihrer Liebe zu unjerm Volke mit ihr gemeinam zu wirken bereit find. Je offener die Mithilfe ift, um fo leichter wird diefe jchwere Leberanstrengung getragen und überstanden werden können. Die neue Regierung unterftützt, heißt das Land vor der Anarchie bewahren. Jeder Hebe auf feinem Posten hartes und unverbrochen vom Willen der Gemeinfchaft, denn wird und muß es gelingen, unter Volk aus diefen jchweren Stunden einer befferen Zukunft entgegenzuführen.

Darmftadt, den 11. November 1918.

Der Ministerpräsident: Ulrich.

### End des Abg. Gandorfer.

München, 10. Nov. Der Bauernbundsführer und bisherige Landtagsabgeordnete Gandorfer, der fich als Mitglied des republikanifchen Parlaments heute auf die Fahrt nach Niederbayern begibt, wollte, um unter der Landbevölkerung für die Sache des Bauernrates und die Lebensmittelerzeugung für die großen Städte zu wirken, ift in der Nähe von Schleifheim das Opfer eines Automobil-Unfalls geworden. Gandorfer erlitt einen Schädelbruch und war jofort tot. Zwei feiner Begleiter find jchwer, einige andere leicht verletzt.

### Die Erhöhung der Brotation.

In Verfolg der geftrigen Erklärung des Kriegsernährungsamtes gibt die Reichsgemeinfchaft bekannt, daß vom 1. Dezember diefes Jahres ab die tägliche Brotation allgemein um 40 Gramm erhöht wird. Den Schweren und

Schwerarbeitern wird diefe Erhöhung auf ihre Zulagen angedreht. Die erhebliche Verbeförderung auch für fie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre Familienglieder.



Edel. Der Unteroffizier Lehrer Wilh. Huber wurde zum Bismarckkreuz befördert und mit dem Eisernen Kreuz und der heßifchen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet. — Ehrenerkennung: Bockel wurde den Kämpfen im Westen mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet. Die heßifche Tapferkeitsmedaille und die finnifche Belohnungsmedaille erhielt er jchon früher.

### Zus der Heimat.

Schützt Euch jezt vor der Grippe! Verjucht kein Kino, kein Konzert, kein Theater; vermeidet größere Menfchenansammlungen und jchlecht gelüftete Räume, auch in Wirtschaften. Benutze die Straßenbahn nur, wenn es unbedingt nothwendig ift! Unterloft jede unrichtige Reife, laßt Euch nicht anrufen und nicht antworten! Geht nicht zu Kranken, wenn Ihr nicht müßt! Betrachtet Personen mit Husten und Schnupfen als anjpengefährlich und beachtet jezt zurecht auch leichte Krankheitszufälle, nungen als mögliche Vorläufer der Grippe!

er. Hanau, 5. Nov. In der Sitzung des landwirtschaflichen Kreisvereins äußerte fich bei der Belegung kreiswirtschaflicher Maßnahmen Korbauordnungs-Ingmann über die Saatstofffrage. Er führte u. a. aus: Die Frage der Sicherftellung und Verkölligung der für das Jahr 1919 nothwendigen Saatstoffmengen liegt im Korberathum Gemäß der Bezeichnung über den Vertrieb mit Saatstoffmengen die Einkäufe der für das Frühjahr 1919 nothwendigen Mengen bis zum 15. November diefes Jahres erledigt und die Verträge zwischen den Bedarfskommunalverbänden und den liefernden Kommunalverbänden genehmigt fein. Wie im vorigen Jahre, fo ift auch dieses Mal wieder die Beftellung der Saatstoffmengen und deren jötere Verteilung einem Planstoffsollvertrage übertragen, der fich unter dem Vorjch des Herrn Oberkreismannes Dr. Dr. Gebelhus und je 3 Mitgliedern des Stadt- und Landrates Hanau zufammensetzt. Für heute war die erste Sitzung des Planstoffsollvertrages anberaumt und die Bezeichnung sollte nach Schluß der Sitzung des landwirtschaflichen Kreisvereins stattfinden. Wegen der Kürze der Zeit wird diefe Bezeichnung jebenfalls nicht mehr möglich fein und empfiehlt fich im Anwesenheit der Mitglieder des Kreisvereins auch die Bezeichnung jelbst darüber zu hören und fie man auch jchließlich darüber bethätigen, welche Mengen Saatstoffmengen für das nächste Frühjahr für die Kreisangehörigen in Hanau Stadt und Land aufzufuchen und jichergefellt werden jollen. Die beiden Vorjchenden der Hanauer Kommunalverbände, der Landrat jowohl als der Oberbürgermeister haben ihr Einverständnis gezeigt, daß das Risiko, das mit dem Planstoffsollvertrage verbunden ift, von den Kommunalverbänden übernommen wird, unjomehr auch, als nur die Kommunalverbände berechtigt find, Planstoffsollmengen aus anderen Verbänden zu kaufen und an ihre eigenen Kreisangehörigen zur Verteilung zu bringen. Das Kornhaus, das als Gefchäftsstelle der Kommunalverbände Hanau-Stadt und Land mit der Bewandlung und jöteren Verteilung beauftragt ift, berechnet wie im vergangenen Frühjahr nur jeine Auslagen und erhält eine ganz erhebliche Verteilungsgewinn: es ift nicht in der Lage, das Risiko auf fich übernehmen zu können. Ferner fei noch bemerkt, daß nach der Bezeichnung über den Vertrieb mit Saatstoffmengen Kreisvertragsauftrag auch an landwirtschafliche Berufsvertretungen oder an jolche Personen (Kartoffelanbauer) abgeteilt werden darf, die es jelbst zur Verfügung verwenden wollen. Der Handel und die Gemeinfchaften dürfen nur als Vermittler auftreten. Der Bewandlung des Kornhauses war es mit Mühe auf die vorgedachte Zeit nun nicht möglich, mit den Einkäufen von Saatstoffmengen länger zu warten und es hat einzutreten nach Schätzung des ungenügenden Bedarfs für Hanau-Stadt und Land bis jezt insgesamt 17.200 Ztr. Saatstoffmengen einzukaufen und find von den Mengen 4 für den Stadtkreis und 4 für den Landkreis vorgegeben. Es empfiehlt fich mit Mühe auf die Kriegsverhältnisse jeht, in dem Einkauf etwas höher zu stellen, weil nach den feitherigen Erfahrungen 25-30 Prozent der abgeföhrten Mengen im Frühjahr nicht zur Verfügung kommen. So konnten im letzten Frühjahr jeht jechjehendere eingekauften Vöhlen von den Erzeugern nicht geliefert werden, weil die Mengen in den Mieten erziehen waren oder die betr. Kommunalverbände die Anfuhr nachträglich nicht genehmigten. Was die Sorten anbelangt, die einzukaufen wurden, fo hat die Bewandlung des Kornhauses nur zu den jeztigen Sorten ernennen, die in diefer Gewand bis jeht jeht gute Erträge gebracht haben, und als Saatstoffmengen „Kaisertronen“, „Frührofen“, als mittelstübe „Epa“, mittelstübe „Up to date“, „Parnoffia“ und als Epätsaatstoffmengen „Rubelle“, „Mohlmann“ und „Eileha“ jüchlich erworben. Die Bewandlung hat den Ausführungen des Herrn Direktor Ingmann zugeftimmt und die Einkäufe genehmigt. Nach einer weiteren Ausföhrung, an welcher fich in der Hauptfache die Mitglieder des Planstoffsollvertrages beteiligten, wurde, um jindelnd gebot zu fein und eventuelle Mängel von vornherein auszumachen, bejchloffen, die Bewandlung des Kornhauses zu beauftragen, weitere Mengen Saatstoffmengen einzukaufen und zwar bis zu insgesamt 22.000 Zentner. Es joll verlaßt werden, den Rest möglichen jeht in jehten oder mittelstüben Saatstoffmengen einzubringen. (Nach Mitteilung des Kornhauses find jüchzeitlich insgesamt rund 22.000 Ztr. Saatstoffmengen jichergefellt worden.)

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Friedrich, Friedberg; für den Anzeigen-Teil: R. Kerner, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, R. O. Friedberg i. S.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß nach schwerem Leiden meine innigstgeliebte hoffnungsvolle Tochter, Schwester und Enkelin

# Mariechen Becker

im 18. Lebensjahre heute sanft dem Herrn entschlafen ist.

Melbach, den 12. November 1918.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Otto Becker, Tochter Anna  
nebst Großeltern.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag ½3 Uhr statt.

## Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem schweren Verluste unseres lieben Sohnes und Bruders

# Aldolf

Sagen wir allen, insbesondere Herrn Dekan Wiegel für seine trostreichen Worte am Grabe, dem Militärverein, den Soldaten und allen, die ihn zur letzten Ruhe begleiteten, sowie für die zahlreichen Blumen- und Kranzspenden unseren tiefgefühlten Dank.

Bingenheim, den 13. November 1918.

In tiefer Trauer:

Familie Friedr. Mattern.

## Bekanntmachung

Dem hiesigen Landwitten wird f. Inendes zur Kenntnis gebracht: Nach der bereits veröffentlichten Verfügung des Kommunalverbanes vom 24. Oktober ds. Js. müssen bis zum 15. November alle auf Veranschaulichung abzugeben en Sachseisen geliefert sein. Die bis zu dem Ende nicht abgelieferten Sachseisen werden unzulässig und es darf auf sie von den Landwitten nichts mehr abgeben werden. Letztere haben vielmehr zu ihrer Entlohnung die Sachseisen am 16. November d. B. in ihrer Schatzkammer abzuliefern. Die 4 des Stadt Rates abzuliefern. Alle am 16. November noch im Besitze des Erzeugers befindlichen Sachseisen werden, soweit er sie nicht selbst zur Einholung seiner Rente und zu Saatweiden benötigt, hierdurch im Interesse einer ansehnlichen Verlohnung unterhalb der Bevölkerung beschlagnahmt. Sie sind auf Anforderung an den hiesigen Lebensmittelausschuss abzuliefern. Bei Verigerung der Anteile zum gewöhnlichen Höchstpreis wird nach Möglichkeit zur Entlohnung geachtet werden.

Friedberg, den 12. Nov. 1918.  
Der Bürgermeister,  
A. B. Damm.

Sute trachtige  
**Fahrkuh**  
zweites Kalb in vier Wochen  
alt, steht zu verkaufen.  
Wilhelm Bieh Ww., Melbach.

## Verein für Unterstützung armer Kinder Friedbergs.

Die Entlohnung der Sammelbüchsen am 8. November 1918, bei der in anerkanntester Weise die Ww. Inhaber der Unter-  
solunda, Carl Winnefeld und Richard Weigert, beifällig waren,  
habe folgendes Ergebnis: Luh Wf. — 52, Kallertshof Wf. — 02,  
Schweindorfer, Johann, Wf. 9.24, Wf. Zieghäuser Wf. 2.93,  
Koch Wf. — 05, Soine Wf. — 03, Bueghotel Wf. — 15,  
Waldsberger Wf. — 31, Mehring Wf. — 14, Schillerinde  
Wf. 4.23, Schütz Wf. — 15, Friedrich Wf. 2., Kölich  
Wf. — 17, Forsthaus Winterstein Wf. 7. 15, zusammen  
Wf. 23.50, worüber wir hiermit dankend quittieren. In allen  
übrigen 46 Sammelbüchsen war nichts enthalten, was zum Teil  
aus folgendem Grund zurückzuführen ist. Im vergangenen Jahr  
machten die Sammelbüchsen aus Mangel an Kleingeld "rückgeleitet"  
werden; dieses Verbot wurde jedoch auf unser Ersuchen im No-  
vember 1917 wieder aufgehoben und auch von uns bekannt ge-  
macht. Von vorerwähnten Herren Wirten wurde jedoch die Be-  
kannmachung über, eben und die Wollstürme nicht wieder aufgestellt.

Für den Vorstand:  
A. Dorr, Vorsitzender.

## Vereinigte Landwirte v. Frankfurt a. M. v. Umgegend, e. V.

Geldwechselle Frankfurt a. M., Kronprinzenstraße 41.  
(Kronprinzenbau) — Herrns Bömer 4204.  
Geldwechselle, Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag, nachmittags  
von 2-4 Uhr. — Geschäftsangelegenheiten in diesem Raum nur für  
unsere Mitglieder; dieselben sind kostenlos, jedoch muß bei Aus-  
gabe der Anzeige auf die Mitgliedschaft hingewiesen werden.

## Prima Pferd,

unter fünf die Wahl, weil über-  
jährig zu verkaufen.  
Georg See, Massenheim,  
Tel. 249, Amt Biedel.

versicherung tragender Stuten zu 20% inkl. Leibesfrucht, 30%  
inkl. Prämie mit Rückzahlung  
der Versicherungssumme und sonstige Versicherungen übernimmt Bayer-  
ländische Vieh-Versicherungsgesellschaft, Dresden, Verdenstraße 29.  
Prompte Entschädigung bis zu 90% der Versicherungssumme.  
Günstige Versicherungsbedingungen. Höchste Reizen.  
Tüchtige Vertreter überall gesucht.

## Wilhelm Leonhardt Elisabeth Leonhardt

geb. Peyer

zeigen ihre Verheiratung an

Hofgut Wisselsheim bei Bad-Nauheim,  
November 1918.

## Bezirkssparkasse „Mathildienstift“ Friedberg.

Wegen Erhebung von Kaufschillingen ist unsere  
Kasse vom 11. bis einschließlich 21. November  
nur Mittwochs und Samstags geöffnet.

Friedberg, den 7. November 1918.

Der Vorstand.

Halte täglich Sprechstunden  
von 8½ bis 7 Uhr abends.  
Sonntags von 9 Uhr bis 12 Uhr.

## Zahn-Praxis P. Allfeld,

Friedberg, Hanauerstrasse 13.

## Oekonomiegut

in Niederbayern, 30 Minuten von Station,  
350 pr. Morgen  
groß, prima Ackerland, beste Weiden, schlagbarer Wald,  
Wohnhaus

von 7 Zimmern, Küche etc., tadelloses Oekonomiegebäude,  
ehr reichl. leb. und tot. Inventar, ausnahmsweise einge-  
tretener Verhältnisse halber billig zu verkaufen. Geld-  
sparer erhalten unter Nr. 4872 Aufschlag durch

Güteradministration  
Lorenz Thoma & Co., G. m. b. H.,  
München, Herzog Wilhelmstraße 28.

## Drucksachen aller Art

in sauberster Ausführung liefert schnell und billig  
Neue Tageszeitung, Druckerei u. Verlag A.-G.

## Kostümfstoffe Mantelstoffe Rockstoffe

in  
schwarz u. blau  
Heinrich v. d. Emde,  
Friedberg, Kaiserstr. 125.

## Rübenschnneider

in allen Größen.

## Dezimalwagen

genügt, sofort lieferbar

## Wilh. Häuser,

Friedberg, Telefon 70.

Offiziere  
prima treibfähige Oldenburger

## Ferkel

mit Schlappohren zur Zucht und  
Schlappohr geeignet, ge und un-  
gegendfrei, gute Fresser  
6-8 Wochen: 5-75 Wf.  
8-10 " 75-100 "  
10-12 " 100-150 "  
12-14 " 150-180 " p. St.  
familiäre Tiere sind freizüchtbar,  
leicht unetucht. Wer aus unet-  
achtete Ferkel für gesunde, lebende  
Nachkommen garantiert.

## Peter Stuiwer,

Düsseldorf, Cölnstr. 332.

Tel. 2916.

## Bettfedern

werden gereinigt und von Moten  
befreit. Franz Mees, Dorfheim  
bei Friedberg, E-Bienstraße 29.

## Arbeitspferd

mit 16 Jahren zu verkaufen bei  
Georg Sch. Waagner Wwe.,  
Eddel.

Kräft. Zug- und Hahnd  
zu kaufen gesucht. Angabe von et  
Stamm nicht nötig und Preis sind  
zu richten an Wilh. Ködel, Meh-  
gerei u. Getreidewirtschaft, Bismarck.

## Geld-Lotterie

Ziehung 18. und 20. November  
5. Ueberlinger - Münster

155000  
60000  
20000  
10000

Bar ohne Abzug.  
Ueberlinger Geld-Lose zu 3 Mk.  
Münster  
Porto und Liste extra 45 Pfg.  
in allen Lotterien-Geschäften u. durch

Lud. Müller & Co.  
Berlin W., Westendmarkt  
Markt 111.  
Lose hier bei Lottaria-Einkaufs-Station.

## Zum Schlachten

empfehle gemahlten echten  
Rosen-Paprika

(Frankfurter Pfeffer)  
reelles Gemüse für den bester schlen-  
den feinen Pfeffer. In 1 Teil  
Paprika, 2 Teile trockenes feines  
Salz, vor dem Gebrauch zu mengen  
und dann genau wie Pfeffer zu verwenden.  
Kein, aromatisch,  
gut, billig! — Ferner noch:

Senf, Loh und in Gläsern,  
Füßelst, Salzpeter-Erbsen,  
10 Gr. für 100 Pfg. Rauchware  
sowie Majoran, Thymian, Melon,  
Kaukaser Rohkost, wie auch  
Fleisch- und Wurst-  
konserven-Gläser  
in verschiedenen Größen.

Fr. Hilbrecht,  
Friedberg in Hessen.